Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1339
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 250. Donnerstag, 25. Oktober 1923, abends. 76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 20. bis 26. Oktober 600 Millionen Mk. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 120 Mk.; die 89 mm breite Reklamezeile 400 Mk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfältigt mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 39**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Schlüsselzahl: 12 Millionen.

Ministerberatung über die bayrische Frage.

Erklärungen des Reichskanzlers.

Berlin. Anstelle der zur Besprechung der bayerischen Frage geplanten Reichsratssitzung fand gestern nachmittag in der Reichskanzlei eine **Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder** statt. Der bayerische Gesandte von **Preger** legte die bayerische Auffassung des Konfliktes dar und erklärte, Bayern sei durchaus reichstreu, habe aber den Wunsch nach einer **Minderung der Ueberspannung des unitaristischen Gedankens in der Reichsverfassung.**

Der Reichskanzler

führte namens der Reichsregierung aus, die **Ernennung des Herrn von Kahr** zum Generalstaatskommissar in Bayern habe die Gefahr mit sich gebracht, daß rechtsradikale Kreise in anderen Teilen des Reiches die Stunde für gekommen hielten und zu **Gewaltschritten verleitet** würden. Dieser Gefahr habe der **Reichsausnahmezustand** vorbeugen sollen. Der Reichskanzler hob weiterhin bei aller Würdigung der Schwierigkeiten der bayerischen Regierung hervor, daß die Reichsregierung zur Beilegung des Konfliktes bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Auch die **Reichsregierung wünsche**, daß es gelingen möge, **einen Ausgleich** herbeizuführen. Weiter wies der Reichskanzler auf die wiederholt öffentlich betonten Absichten der Reichsregierung betreffend **Erweiterung der Rechte und Pflichten der Länder** hin. Bayern stehe es frei, weitere Anträge in dieser Richtung zu stellen. Voraussetzung sei jedoch die **Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände.**

Nach längerer Besprechung wurde folgende

Erklärung
einstimmig angenommen:

In dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung. Sie halten eine schnelle Regelung der Personalfragen für notwendig. Um ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzubeugen, verlangen die Länder einmütig die baldige Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen. Im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler halten die Vertreter der Länder es für erwünscht, daß Verhandlungen über die fernere Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Reiche und den Ländern im Sinne einer größeren Selbständigkeit der Länder zu geeigneter Zeit eingeleitet werden.

Im Anschluß hieran erklärte der **Reichskanzler** die **Bereitwilligkeit der Reichsregierung zu einer Verständigung.** Die Reichsregierung sei ferner zu Verhandlungen über eine **größere Selbständigkeit der Länder** bereit. Schließlich sei die Reichsregierung gewillt, sobald es die Verhältnisse irgend wie gestatten, den **Ausnahmezustand vollkommen aufzuheben** oder den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen umzuwandeln.

Keine Loslösung der Pfalz von Bayern.

Der „Pfälzischen Rundschau" zufolge hat in der Sitzung des Kreistages, die gestern vormittag 11 Uhr stattfand, nach der Eröffnungsansprache des stellvertretenden Präsidenten der **Vertreter der Rheinlandkommission Major Louis** das Wort zu folgender offizieller **Erklärung** ergriffen: In anbetracht, daß der gegenwärtige Zustand nicht andauern kann, ohne schließlich die allernotwendigsten moralischen und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden und in anbetracht ferner der höchst beunruhigenden und gefährlichen Lage in Bayern **ist von heute ab die Pfalz als autonomer Staat** mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet. Dieser autonome Staat der Pfalz verpflichtet sich feierlich gegenüber der Hohen alliierten Kommission zur Mitarbeit zur Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, die zur Tilgung der geschuldeten Reparationen und der nötigen Sicherheiten Frankreichs erforderlich sind.

Der **Vorsitzende des Kreistages** erklärte hierauf dem Vertreter der Rheinlandkommission, daß er **nachmittags 4 Uhr dem Herrn General den Bescheid des Kreistages übermitteln werde.** Er fuhr dann fort: Der Beschluß ist durch Verhandlungen zustande gekommen, die der Bürgermeister Kleefoot, zweiter Bürgermeister von Ludwigshafen, Rechtsanwalt Wagner und der frühere bayerische Ministerpräsident Hoffmann-Kaiserslautern, alles Führer der Sozialdemokraten in der Pfalz, mit dem General De Metz geführt haben. Ich glaube, daß Sie alle tief erschüttert von dieser Mitteilung sind und schlage vor, die Sitzung zu unterbrechen, um den Parteien Gelegenheit zur Beratung zu geben.

Die nach der Erklärung des Kommissars Louis von der Rheinlandkommission abgebrochene Sitzung des Pfälzer Kreistages wurde nachmittag wieder eröffnet. **Der Antrag des französischen Majors wurde von allen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokraten einstimmig abgelehnt.**

Die „Pfälzische Post", das Hauptorgan der pfälzischen Sozialdemokraten, veröffentlicht heute einen **Aufruf**, der betont, daß die Stunde gekommen sei, in der die **Pfalz sich von Bayern loslösen müsse**, nachdem die bayerische Regierung die Reichsverfassung gebrochen habe und sich in offener Rebellion gegen die deutsche Republik befinde. Die **Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Pfalz** habe die **Initiative ergriffen zur Bildung eines selbständigen Staates im Verbande des Reiches**, damit die durch das Vorgehen der bayerischen Machthaber schwer gefährdete Pfalz dem Deutschen Reiche erhalten bleibe. Die Partei sei bereit, [illegible] politischen Parteien der Pfalz zu kommen, sich an der Bildung einer neuen provisorischen Regierung zu beteiligen.

Eine Kundgebung des bayerischen Ministerpräsidenten.

Der bayerische Ministerpräsident von Knilling richtet **an das pfälzische Volk eine Kundgebung**, in der es heißt: Unverantwortliche Elemente haben versucht, die Pfalz von ihrem Mutterlande loszulösen und aus ihr einen selbständigen Staat zu machen. Sie wollten einen zwischen Bayern und dem Reich entstandenen Gegensatz zum Anlaß nehmen, um ein Unternehmen ins Werk zu setzen, das nicht anders als mit der Losreißung der Pfalz auch vom deutschen Vaterlande hätte endigen können. Der gesunde Sinn der Pfälzer, ihre Treue und ihr starker Glaube an ihr geliebtes deutsches Vaterland haben den verabscheuungswürdigen Anschlag vereitelt. Die bayerische Staatsregierung sendet der pfälzischen Bevölkerung in allen ihren Schichten und Berufen für ihr standhaftes Verhalten, für ihre Treue und ihre Anhänglichkeit herzlichen Dank und höchste Anerkennung.

Eine neue deutsche Note.

Antrag auf Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit.

Die Note, welche gestern der Reparationskommission in Paris durch die deutsche Regierung übergeben worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission am 13. Januar 1923 davon Mitteilung gemacht, daß sie aus Anlaß der Besetzung des Ruhrreviers die Reparationszahlungen an die an der Besetzung beteiligten Mächte eingestellt hat. Die Reparationskommission hat diese Mitteilung mit Schreiben vom 26. Januar 1923 dahin beantwortet, daß sie die frühere Anfrage der deutschen Regierung auf eine neue Regelung der Reparationsfrage als hinfällig betrachte und daß unter diesen Umständen alle Bestimmungen des Zahlungsplanes vom 5. Mai 1921 in Kraft blieben. Nachdem die deutsche Regierung durch ihre Erklärung vom 26. September 1923 die Bevölkerung des besetzten Gebietes aufgefordert hat, den passiven Widerstand aufzugeben und nachdem sie die im Zusammenhange damit erlassenen Verordnungen und Anweisungen aufgehoben hat, ist dabei auch ihre Entschließung auf Einstellung der Reparationsleistungen an die an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächte hinfällig geworden. **Die deutsche Regierung stellt daher ausdrücklich fest, daß sie grundsätzlich bereit sei, die Leistungen aus dem Vertrage von Versailles wieder aufzunehmen.** Andererseits hat jedoch die wirtschaftliche Krise, wie sie sich seit Januar in Deutschland entwickelt hat, der deutschen Regierung tatsächlich die Möglichkeit genommen, jetzt die Geldmittel aufzubringen, die zur Zahlung der Leistungen aus dem Vertrage von Versailles erforderlich sind. Seit den Darlegungen der deutschen Regierung vom 14. November und 27. November 1922 ist infolge der Besetzung des Ruhrreviers und der wirtschaftlichen und finanziellen Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrreviers von deutscher Seite in den Hilfsmitteln und in der Leistungsfähigkeit Deutschlands eine grundlegende Aenderung eingetreten. Die **deutsche Regierung** hat infolge der dadurch hervorgerufenen Zerrüttung der Wirtschaft und der Finanzen bereits am 11. August 1923, wie der Reparationskommission bekannt ist, unter grundsätzlicher Anerkennung ihrer Leistungsverpflichtung ihre **tatsächliche Unfähigkeit erklären müssen, weitere Sachlieferungen an die übrigen Mächte zu bewirken.**

Aus dem gleichen Grunde ist sie auch jetzt **tatsächlich außer Stande, die finanziellen Zahlungen dieser Leistungen fortzusetzen oder von neuem aufzunehmen.** Die deutsche Regierung stellt daher an die Reparationskommission den Antrag, gemäß Artikel 234 des Vertrages von Versailles **eine Prüfung der Hilfsmittel und der deutschen Leistungsfähigkeit einzutreten** und Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit im einzelnen darzulegen und die Maßnahmen zur Sanierung des Budgets und zur Stabilisierung der Währung mitzuteilen. Die Verordnung über die Errichtung der deutschen Rentenbank, durch die eine Reform der deutschen Währung vorbereitet worden ist, beehre ich mich hiermit zur Kenntnis zu bringen. Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis erhalten, daß die Reparationskommission die technischen Vorschläge der königlich belgischen Regierung zur Regelung der Reparationen ihrer Finanzabteilung zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen hat. Die deutsche Regierung wird ihre Bemerkungen zu den belgischen Vorschlägen demnächst schriftlich mitteilen. Bei der Schwierigkeit der Materie kann es zweckmäßig sein, ihren Vertretern Gelegenheit zu geben, sich zu den belgischen Vorschlägen und den deutschen Bemerkungen mündlich zu äußern.

Die Separatistenbewegung.

Die Bewegung der Dorten, Smeets, Decker und wie die Gernegroße der „Rheinischen Republik" sonst heißen mögen, hat sich in dem Augenblick lächerlich gemacht, als sie zeigen wollte, daß sie eine Bewegung sei. Die Gefahr wäre riesengroß gewesen, wenn auch nur eine starke Minderheit des rheinischen Volkes mit ihrer Ueberzeugung, ihrem Willen, ihrer Selbstsucht oder sei es nur mit ihrer Verdrossenheit und ihrer Verzweiflung hinter den Rathausstürmern und Fahnenhissern gestanden hätte. Der rheinische Separatismus hat etwas viel schlimmeres erlebt, als den Mißerfolg einer Reihe von Putschen: er legte die Probe der inneren Unkraft ab. Denn günstiger als sie standen, konnten für einen Abfallwillen die Dinge überhaupt nicht stehen. Der Separatismus war seit Jahren die Hoffnung der stärksten Militärmacht in Europa, zum mindesten der in dieser Militärmacht tonangebenden Partei.

Frankreich vermied es, die Sonderbündler ausdrücklich anzuerkennen, aber es nutzte sie (selbstverständlich) während der ganzen Dauer des Ruhrwiderstandes als Mittel des Kampfes gegen das Deutsche Reich; es erleichterte ihnen die Werbetätigkeit, es stellte Versammlungsräume und Eisenbahnzüge zur Verfügung, die roheſten Unterdrücker bei den Behörden und Truppen wurden mild, sobald sie mit Separatisten sprachen; und selbst da, wo die Franzosen wirklich „neutral" blieben, konnten die Deutschlandverräter wenigstens des persönlichen Schutzes bei härtestem Vorgehen gegen pflichttreue deutsche Polizeibeamte oder sonstige „Störer" separatistischer Aufzüge gewiß sein. Auf der anderen Seite waren (und sind heute noch) die deutschen Zustände ein Boden, auf dem die Aussaat der Abfalltreiber mühelos jede Ernte hätte tragen müssen, wenn nur irgend eine seelische Voraussetzung des Erfolges vorhanden gewesen wäre. **Die Franzosen sind Herren im Lande, die deutschen Behörden machtlos.** Drohender Reichszerfall, Hungergefahr, Arbeitslosigkeit, Geldlosigkeit: die ganze Pandorabüchse erdenkbaren Elends stand der Agitation der Reichsgegner offen.

Was gab es nicht alles zu versprechen? Brot, Frankenwährung, Befruchtung der Wirtschaft mit französischem Kapital, gelindes Regiment der Besatzungsbehörden, geregelte Verhältnisse: das ganze Paradies, als das dem Deutschen von heute das Alltagsleben glücklicherer Völker erscheinen muß. Um mit solchen Werbemitteln so kläglich zu unterliegen, wie die Separatisten unterlegen sind, muß man entweder unwahrscheinlich unbegabt sein — oder man hat mit unüberwindbaren seelischen Widerständen bei nahezu der Gesamtheit der Bearbeitenden zu tun gehabt. Es wäre unhöflich und wahrscheinlich auch unrichtig, Leuten, die augenscheinlich zu allem fähig sind, gerade die Fähigkeit abzusprechen. Man muß also annehmen, daß nicht die Mittel untauglich waren, sondern das Objekt.

Ist der separatistische Versuch endgültig erledigt? Rathäuser und Postämter besetzt zu haben, wenn die Gewehre fremder Soldaten über die Gesundheit der Putschler wachen, ist noch kein Zeichen des Sieges; ebensowenig aber wäre die Vertreibung aus diesen Gebäuden an sich der Beweis einer nicht wiedergutzumachenden Niederlage. Aber daß die Separatisten unter für sie so unvergleichlich günstigen äußeren Umständen nicht einmal den Schein der Macht erkämpfen konnten: das allerdings gibt die Sicherheit, daß auch alle noch folgenden Versuche, an denen es nicht fehlen wird, mißlingen werden. Die wesentliche Ursache dieses Zusammenbruches ist natürlich die im rheinischen Volk durch tägliche Erfahrung gefestigte Erkenntnis, daß Separatist sein heißt: **Deutschlandfeind und Franzosenknecht** sein; die anderweitig beliebte Formulierung, man wolle Deutschland durch Abkehr von Deutschland retten, muß in den von Belgiern und Franzosen besetzten Städten wirkungslos bleiben. Aber es kommt noch hinzu, daß auch die stofflichen Versprechungen der Separatisten nicht sehr überzeugend klangen. Auch von dem „freien Rheinland" hätte man Reparationen verlangt, es wäre besetzt und unter Fremdherrschaft geblieben; was hätte es gewonnen? Und das Ausland, in mancher Beziehung sogar Frankreich, traute dem Separatismus nicht einmal.

Die Separatisten fast überall verdrängt.

)(Mainz. Dienstag am späten Abend **räumten die Separatisten das Regierungsgebäude** (Kreisamt), nachdem schon vorher die Fahne der sogenannten Rheinischen Republik heruntergeholt worden war. Zwischen Arbeitern und Separatisten, die auf dem Wege zum Bahnhof waren, kam es erneut zu **Prügeleien**, bei denen eine Anzahl Sonderbündler verletzt worden sein soll. Gestern vormittag war die Lage wieder normal. Die Geschäfte sind zum Teil wieder geöffnet, gearbeitet wird überall. Der Handstreich der Separatisten gilt als vollkommen gescheitert.

)(Andernach. **Die Stadt ist von Sonderbündlern wieder frei.** Als diese sich an den französischen Kommandanten um Hilfe wandten, lehnte dieser mit den Worten ab: **Der Krieg ist für die Sonderbündler verloren.**

)(Koblenz. Nachdem die Sonderbündler vorgestern vormittag Verstärkungen, besonders aus Bonn, erhalten hatten, marschierten sie gegen 4 Uhr nach dem Schlosse, dem Sitze der Regierung, besetzten es und hißten die grün-weiß-rote Fahne. Gegen 6 Uhr abends säuberte die Polizei den Schloßplatz, entfernte die mehrtausendköpfige Menge und **befreite das Schloß von den Separatisten**, die sie nach dem Bahnhof abschob. Auch die sonderbündlerische Fahne wurde entfernt.

Teuerungsunruhen im Ruhrgebiet.

Wie aus Essen gemeldet wird, ist es gestern auch im Ruhrgebiet zu einer Reihe von **Teuerungsunruhen und Plünderungen** gekommen. In **Essen**, wo mehrere Lebensmittelgeschäfte und Lastkraftwagen mit Lebensmitteln ausgeraubt wurden, gelang es schließlich der Polizei, die Menge zu zerstreuen und dem Treiben Einhalt zu tun. Auch in **Gelsenkirchen** und Umgebung ist es den ganzen Tag über zu Plünderungen gekommen. Die alarmierte Polizei mußte **von der Waffe Gebrauch machen.** Gegen abend war sie überall Herr der Lage. Auf dem Bahnhof Katternberg wurde bei der Plünderung von Wagen mit Kartoffeln bei dem Eingreifen der Polizei ein **Mann getötet.**

)(Köln. In den gestrigen späten Nachmittagsstunden kam es im Anschluß an eine Versammlung der Erwerbslosen im Krystallpalast zu Ansammlungen. Die Polizei schritt ein und versuchte zunächst die Menge auf friedliche Weise auseinander zu bringen. **Die Beamten wurden jedoch mit Flaschen beworfen und mußten von der Waffe Gebrauch machen.** Sechs Personen wurden durch Schüsse verletzt, darunter mehrere schwer. Aus den südlichen und nördlichen

Vororten liefen Meldungen ein über **Plünderungen von Kartoffel-Aeckern.** Es wurden Polizeistreifen dorthin abgesandt. Ihr Ergebnis liegt noch nicht vor.

|| **Elberfeld.** Dienstag abend kam es im Geschäftsviertel am Rathause zu lebhaften **Kundgebungen gegen die Lebensmittelpreise.** Die Polizei versuchte zunächst, die Menge zu beruhigen, als schließlich aber die Angesammelten eine drohende Haltung einnahmen, ging die **Polizei mit Gummiknüppeln und blanker Waffe** wiederholt gegen die Menge vor, die sich aber schnell wieder in anderen Straßen sammelte. Die Unruhen dauerten bis in die Nachtstunden. Viele Fensterscheiben wurden eingeworfen. Eine Anzahl von Personen wurde verhaftet. Die Menschenansammlungen begannen am Nachmittag heute wieder in den Morgenstunden. Die Polizei zerstreute wiederholt die Menge. Um die Mittagsstunde herrschte ziemliche Ruhe. Zu ernsten Ausschreitungen ist es am Vormittag nicht gekommen.

Stillegung sämtlicher Zechen des besetzten Gebietes.

Wie der Kölnischen Zeitung aus dem Ruhrgebiete gemeldet wird, stehe es nunmehr fest, daß **vom kommenden Montag an alle Zechen im besetzten Industriegebiet ihre Tore schließen** werden. Lediglich für Notstandsarbeiten würden kleinere Teile der Belegschaften weiter beschäftigt. Die übrigen gesamten Belegschaften seien bereits der Erwerbslosenfürsorge angemeldet. Die Ursache dieses furchtbaren Schrittes liege in dem völlig ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen der Industrievertreter mit den französischen Behörden in Düsseldorf. In einer Bekanntmachung der Werke wurde mitgeteilt, daß bei dem Mangel an Zahlungsmitteln und bei der Unmöglichkeit, die geförderten Kohlenmengen zum Abtransport zu bringen, es unmöglich sei, die Belegschaften noch weiter zu beschäftigen.

Von den Unruhen in Hamburg.

Nach einer Meldung aus Hamburg beträgt, soweit bisher bekannt, die **Zahl der Toten bei den letzten Unruhen 24**, darunter 11 Polizeibeamte, die der **Verwundeten über 250.**

Die Polizei hat die Widerstandskraft der Aufrührer gebrochen. Es finden nur noch kleinere Scharmützel statt. Die Ordnungspolizei hat 11 Tote und 34 Verwundete gehabt. In **Schiffbeck** schossen die Aufrührer aus vier Maschinengewehren. Hier wurde die Polizei durch eine Abteilung der Reichsmarine unterstützt. Gestern vormittag wollte eine größere Menschenmenge in das Gewerkschaftshaus eindringen, um die Gewerkschaften für einen Generalstreik zu gewinnen. Herbeieilende Polizeibeamte wurden beschossen. Einige Beteiligte wurden festgenommen, die Menge wurde zerstreut. Bei einem Versuch Erwerbsloser, auf dem Heiligen Geistfelde den Verkehr zu stören, wurden einige Leute, die Waffen bei sich trugen, verhaftet.

Die Sühne für Küstrin.

|| **Kottbus.** In der gestrigen Vormittagssitzung erfolgten die Vernehmungen des Kommandanten von Küstrin Obersten Gudovius, des Stabsoffiziers Majors Rascheck und des Leiters der Berliner politischen Polizei Oberregierungsrat Weiß. Der Kommandant von Küstrin sagte über die Lage am Morgen des 1. Oktober aus, die ihm anvertraute Festung sei in der Hand des Majors Buchrucker und seiner Mithelfer gewesen. Bei seinen Verhandlungen mit Major Buchrucker sei es ihm darauf angekommen, die Festung wieder in seine Gewalt zu bekommen und Zeit zu gewinnen, damit die alarmierten Truppen herbeikommen konnten. Er habe im übrigen den Genannten mitgeteilt, daß er sie nicht in Freiheit lassen und daß ein eventueller Befreiungsversuch mit Gewalt verhindert werden würde, er habe hinzugefügt, daß er dabei sein Leben aufs Spiel setzen würde, aber nicht ohne vorher den Major Buchrucker erschossen zu haben. Da er nur die Niederwerfung der erfolgten verbrecherischen Aktion im Auge gehabt hätte, habe er sich im übrigen um die Darlegungen der Angeklagten weniger gekümmert. Soweit seine Erinnerung reiche, habe Major Buchrucker erklärt, daß er sich angesichts des gegen ihn erlassenen Haftbefehls nach Küstrin geflüchtet habe, um sich der Reichswehr zur Verfügung zu stellen und ihr anheimzugeben, ihn zu verhaften, was ihm, Gudovius, als Ironie erschienen sei. Nach längeren Verhandlungen habe Major Herzer, da sich Buchrucker zu keinem Entschluß durchringen konnte, an seine Leute den Befehl erteilt, sich zu ergeben. Oberregierungsrat Weiß unterbreitete polizeiliches Material als Beweis dafür, daß ein umfassendes Unternehmen geplant war.

In der Nachmittagssitzung, die sich bis gegen neun Uhr hinzog, wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Es wurde eine größere Anzahl Belastungszeugen vernommen, von denen mehrere jedoch die Aussage verweigerten. Die **Beweisaufnahme drehte sich darum, ob in der Zeit zwischen dem 23. und 25. September ein Rechtsputsch geplant war,** der dann auf den 1. Oktober verschoben wurde und in der Küstriner Aktion sein Ende fand. Das Gericht wird sich heute darüber schlüssig werden, ob die Anklage sich auf Hochverrat aufrechterhalten oder sich auf andere Delikte erstrecken soll.

Die Tätigkeit der Reichswehr in Sachsen.

Die in Sachsen eingesetzten Truppen sind am 24. 10. in Gegend Pirna—Niedersedlitz—Potschappel, ferner in Grimma, Bad Lausick, Borna und im Süden in Oelsnitz, Plauen verblieben. In den Ortschaften dicht westlich Dresden griff die Reichswehr mehrfach gegen radikale Elemente, die sich zusammenrotteten und die Reichswehr beschimpften, ein. Ein Soldat wurde durch Messerstiche, einzelne Zivilisten durch Kolbenschläge leicht verletzt. Ein Unteroffizier machte in der Notwehr von der Schußwaffe Gebrauch und verwundete einen Zivilisten am Bein. Mehrfache Verhaftungen wurden vorgenommen, darunter in Freiberg 18 Plünderer. In Pirna wurde am 24. 10. nachmittags ein Doppelposten von der Menge beschimpft und bedrängt. Der Posten forderte vergeblich zum Auseinandergehen auf und machte darauf von der Schußwaffe Gebrauch. Ein Zivilist wurde erschossen und einer verletzt.

Neuer Truppendurchmarsch durch Leipzig.

Die „L. N. N." berichten: Am Mittwoch berührte auf dem Vormarsch nach dem Erzgebirge wiederum eine Reichswehrformation Leipzig. Neben Infanterie- und Maschinengewehrabteilungen war auch ein größerer Kraftwagenpark und volle Bagage bei den Truppen. Vor dem Völkerschlachtdenkmal wurde Halt gemacht und die Soldaten besichtigten mit ihren Führern das Denkmal, vor dem dann die Regimentskapelle das Deutschlandlied spielte, das von den Truppen und den anwesenden Zivilisten begeistert aufgenommen wurde. Die Jugend, die jetzt selten Gelegenheit hat, feldmarschmäßig ausgerüstete Truppen zu sehen, bewunderte indessen die Maschinengewehre und Feldküchen und bekam von den Soldaten manchen Kosthappen. Der Weitermarsch erfolgte in der Richtung Borna.

Pirna fordert Zurückziehung der Reichswehr.

Zu den Vorgängen beim Einmarsch der Reichswehr in Pirna veröffentlicht der Gesamtrat der Stadt Pirna eine Mitteilung, in der es u. a. heißt: Nachdem die Reichswehr auf dem Markt erschienen war, wurde die Menge durch Plakate aufgefordert, den Platz sofort zu räumen, da sonst scharf geschossen werden würde. Im Rathaus wurden gerade die Unterstützungsgelder für die Erwerbslosen ausgezahlt. Da die Räumlichkeiten sehr beschränkt sind, so hatte sich vor dem Rathause die Menge der Erwerbslosen etwas gestaut. Ob tatsächlich, wie behauptet wird, aus einem Fenster ein Schuß gefallen sei, steht noch nicht fest. Die Menge fohlte. Der führende Offizier ließ den Markt räumen und Gefechtsstellung einnehmen. Obwohl die Menge den Platz hierauf räumte, wurde sofort scharf geschossen. Der Arbeitslose Arthur Müller wurde durch Kopfschuß getötet, drei weitere Personen wurden verwundet. Müller war gerade im Begriff, nach Empfang seiner Erwerbslosenunterstützung das Rathaus zu verlassen. Der Stadtrat, der gerade zu einer Gesamtratssitzung versammelt war, **legt gegen das Vorgehen der Reichswehr,** das durch keine Provokationen veranlaßt worden war, **schärfsten Protest ein. Er fordert einstimmig die sofortige Zurückziehung der Reichswehr und Bestrafung der Schuldigen.**

Eine Kundgebung der Deutschen Volkspartei.

Wie die nationalliberale Korrespondenz mitteilt, trat der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei am 28. Oktober in Berlin zu mehrstündigen Verhandlungen über die politische Lage zusammen. **Das Ergebnis wird in einer Kundgebung** zusammengefaßt, in der es heißt: **Mit Bewunderung und unauslöschlicher Dankbarkeit erleben wir, wie unsere deutschen Brüder an Rhein und Ruhr trotz langer schwerer Knechtschaft, trotz aller zermürbenden Folgen eines rühmlich verlorenen Wirtschaftskampfes und trotz der schweren Wirkungen der finanziellen Lage des Reiches gerade für das besetzte Gebiet opfermutig und treu mit selbstloser Hingabe an den Gedanken des Reiches und des Vaterlandes alle verräterischen Umtriebe zuschanden machen. So sei auch weiter allen separatistischen Plänen,** in welche Gestalt sie sich auch immer hüllen mögen, **Feindschaft und Widerstand angesagt.** Mit Schärfe wenden wir uns auch gegen die Versuche, den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zusammenhang in den Ländern Preußen, Hessen und Bayern zu stören. **Des Reiches Einheit, des Reiches Ansehen über alles!** Nur einseitige Auffassung oder parteipolitische Verblendung kann den Kampf gegen die angeblich marxistisch beeinflußte Regierung des Reiches predigen. Der General der Reichswehr aber, der es wagen konnte, in dieser lebensgefährdenden Stunde des Reiches durch einen Funkspruch an die Reichswehr den Anschein der Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Reich auf sich zu laden, stellt sich damit außerhalb der Reihe der Soldaten, denen die Begriffe des Gehorsams, der Treue und der ehrliebenden Hingabe an das Vaterland lebendig geblieben sind trotz aller politischen Zwietracht der Gegenwart. Ihn trifft das Urteil des deutschen Gewissens mit unbarmherziger Schärfe. Um die Einheit des Reiches zu retten, darf auch in dem Streite mit Bayern kein Weg unversucht bleiben zur Wahrung der Einheit und des Ansehens des Reiches bei größerer Lebenstätigkeit und Bewegungsfreiheit seiner Glieder. Die Kundgebung fordert schleunigste Schaffung wertbeständiger Zahlungsmittel und betont, daß die Partei sich in diesen Richtlinien völlig eins wisse mit ihrem Führer.

Das Reichswehrministerium zu Dr. Zeigners Erklärung.

Das Reichswehrministerium teilt mit:

Mit Bezug auf die Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner im Landtag vom 22. 10. 1923 wird festgestellt: **Der Truppeneinsatz in Sachsen ist nur zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Sachsen erfolgt.** Der Auftrag des Generalleutnants Müller lautet: „Das Wehrkreiskommando 4 hat mit den ihm zur Verfügung stehenden und ihm noch zur Verfügung gestellten Machtmitteln verfassungsmäßige und geordnete Verhältnisse im Freistaat Sachsen wieder herzustellen und aufrecht zu erhalten". **Alle anderen Gerüchte über den Zweck der dem Wehrkreis 4 zugeführten Truppen sind ungeschminkte Kombinationen.**

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Zusammentritt des Reichstages ist auf nächste Woche verschoben worden.

Forderung auf Zurücknahme des Verbotes der „Roten Fahne". Eine Funktionärversammlung der Berliner Buchdrucker hat sich gestern nachmittag mit dem Verbote der „Roten Fahne" beschäftigt. Zum Schlusse der teilweise recht stürmisch verlaufenen Versammlung wurde ein Beschluß gefaßt, die Aufhebung des Verbotes der „Roten Fahne" zu verlangen und diese Forderung zu erzwingen mit der Drohung der Stillegung der Rotenpresse und der gesamten bürgerlichen Presse. Eine Abordnung der Gewerkschaftsführer hat sich zum Minister Severing begeben, um mit diesem darüber zu verhandeln.

Bedeutsame politische Besprechungen in Hagen. Wie die Telegraphen-Union erfährt, werden heute wichtige politische Besprechungen in Hagen stattfinden, an denen der Reichskanzler, der Innenminister und der Minister für die besetzten Gebiete teilnehmen werden, die sich bereits am Mittwoch abend dahin begaben. An den Besprechungen werden sämtliche politische Parteien des alten und neuen besetzten Gebietes durch führende Persönlichkeiten vertreten sein. Auch Vertreter der Berufsstände aus den besetzten Gebieten werden in Hagen erwartet. An die vertraulichen Besprechungen wird sich eine öffentliche Versammlung anschließen, in der Dr. Stresemann und Herr Sollmann das Wort ergreifen werden.

Eisenbahnerstreik in Polen. Nach einer Meldung der polnischen Telegraphenagentur ist gestern früh im Krakauer Lokomotivschuppen ein wilder Streik der Lokomotivführer ausgebrochen, der auch auf andere Stationen, u. a. Lemberg, übergriff. Die Güter- und Fernzüge verkehren in beschränktem Umfange. Man hofft, den Streik bald beizulegen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich laut „Vorwärts" gestern mit den Gefahren, die der Reichseinheit drohen, beschäftigt. Es gab keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Sozialdemokratische Partei für die Einheit des Reiches kämpfen werde, wie sie es bisher und noch zuletzt von Aachen bis Wiesbaden im besetzten Gebiet getan hat.

Regelung der deutsch-amerikanischen Ansprüche. Nach einer Meldung der „Associated Preß" aus Washington hat der amerikanische Vertreter in der deutsch-amerikanischen Kommission zur Regelung der gegenseitigen Ansprüche, Robert Bonynge, dem Präsidenten Coolidge mitgeteilt, daß die 12000 der Kommission eingereichten Ansprüche in Höhe von einer Milliarde Dollars wahrscheinlich innerhalb eines Jahres vollkommen geregelt sein werden.

Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Danzig und Polen sind in den letzten Tagen fortgesetzt worden. Nachdem am Sonnabend der Senat den Vertretern der polnischen Regierung einen Vertragsentwurf hatte überweisen lassen, der die Regelung der schwebenden wirtschaftlichen Streitfragen vorsah, wurde von polnischer Seite am Montag ein Gegenentwurf dem Senat zugestellt. Die beiden Entwürfe sind alsdann Gegenstand gemeinsamer Beratungen gewesen, in denen die beiderseitigen Auffassungen geklärt wurden. Die Verhandlungen sind gestern zunächst vertagt worden, damit die Regierungen beider Staaten zu dem bisherigen Ergebnis Stellung nehmen können.

Reichsbank-Gedenkfeier. Dienstag nachmittag um 5 Uhr versammelten sich die Beamten- und Angestelltenschaft der Reichsbank auf Einladung des Reichsbank-Direktoriums zu einer schlichten Gedenkfeier für die im Weltkriege Gefallenen und zur Einweihung der Ehrentafel im großen Lichthofsaale des Haupteingangs des Reichsbankgebäudes. Nachdem der Reichsbank-Bläserchor den Choral

---

Angelas Heirat.

Roman von L. G. Moberly.

14. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Eine tiefe Niedergeschlagenheit bemächtigte sich des armen Wesens, sie sank auf den wackligen Klappstuhl, der in Frau Diehls Augen ein wahrhaft luxuriöses Möbel war und blickte mit hoffnungslosen Augen in die Zukunft. Diese Zukunft erschien ihr jetzt in einem ganz neuen, schrecklichen Licht. Sie war erst zwanzig Jahre alt, und sie konnte womöglich achtzig werden, und in all' dieser Zeit, in all' diesen endlosen Jahren mußte sie arbeiten, arbeiten von früh bis spät, nur um das bißchen elende Leben zu fristen. Sechzig Jahre voll Qual und Elend und Entbehrungen, keine Möglichkeit, für Alter oder Krankheit zu sparen, keine Zeit und kein Geld für das kleinste Vergnügen, keine Aussicht, daß es jemals besser werden könnte. Wie konnte sie mutig vorwärtsblicken diesen schrecklichen sechzig Jahren entgegen? Niemand, und sei er noch so optimistisch, konnte ihnen ruhig entgegensehen.

Sie kauerte sich in dem Stuhl zusammen, legte die Hände vors Gesicht und fühlte sich so verlassen, wie noch nie in ihrem Leben. Heiße Tränen rollten ihr über die schmalen Wangen, und all' ihr trotziger Mut schien von ihr gewichen.

Es war wieder ein furchtbar heißer, drückender Tag, die Luft war wie Blei, große schwere Wolken hingen tief am Himmel, und kein Hauch regte sich. Diese Witterung trug selbstverständlich noch dazu bei, des Mädchens Nerven zu irritieren und ihre Stimmung niederzudrücken. Eine grenzenlose Sehnsucht ergriff sie, der Stadt zu entfliehen, die Dächer und Schornsteine nicht mehr sehen zu müssen, die sie hier täglich vor Augen hatte, hinauszuflüchten in die ländliche Stille, wo die Luft so kühl von den Havelseen her geweht hatte, wo sie die Bäume rauschen und die Vögel singen hörte und die grüne Wiese sah mit den sattgelben Dotterblumen und den großen weißen Sternen der Margeriten.

Sie schloß einen Augenblick die Augen und malte sich im Geist die Aussicht von den Fenstern des Häuschens aus, wo sie mit ihrer Mutter so glücklich gelebt. Wie deutlich sie das alles sah! Die Landstraße mit den Ulmen, in denen die Krähen nisteten, die Felder, die sich rechts und links ausbreiteten, das kleine Wäldchen, in dessen Schatten ein klarer Quell murmelte, das alles stand ihr ganz lebhaft vor Augen. Es war ihr, als höre sie das leise Rauschen der Quelle, das leise Flüstern der Ulmenblätter, die Stimmen der Krähen, die um die Wipfel der Bäume kreisten, den Gesang der Finken und Drosseln in ihrem kleinen Garten.

Und als sie nun die Augen wieder öffnete und nichts vor sich sah als den schwefelgelben Gewitterhimmel, von dem sich die unzähligen Schornsteine dunkel abhoben, da [illegible] sie zusammen und sprach halblaut vor sich hin:

„Ich weiß nicht, ob ich noch den Mut haben werde, Herrn Kästners Erbe auszuschlagen. Ich glaube, ich habe überhaupt keinen Mut mehr. Ich würde alles tun — alles, nur um nicht mehr so schrecklich arm sein zu müssen."

Die schrillen Stimmen der Kinder, die sie zum Abendbrot riefen, schreckten sie aus ihrem Sinnen auf. Sie waren nicht dazu angetan, ihre erschütterten Nerven wieder ins Gleichgewicht zu bringen oder ihre niedergedrückte Stimmung zu heben. Im Gegenteil, sämtliche jungen Diehls schienen sich heute das Wort gegeben zu haben, ihr recht deutlich vor Augen zu führen, wie schrecklich es ist, Kinderfräulein zu sein. Ihr war, als ob die Kinder noch nie so unerträglich ungezogen und unmanierlich gewesen wären wie heute. Es war geradezu eine Erlösung für Angela, als sie um 9 Uhr endlich alle zu Bett gebracht waren und sie sich allein im Kinderzimmer befand. Sie stützte den Kopf in beide Hände, und es ist wohl nicht zu verwundern, daß eine Träne nach der andern langsam zwischen ihren Fingern durchtropfte. Noch weniger aber kann es in Erstaunen setzen, daß ein Brief, den sie mit der letzten Post erhalten hatte, ihr wie ein Fingerzeig von oben erschien, um sie aus all' ihrer Not zu erretten. Das Schreiben lautete:

Berlin W, Bülowstraße 75, 23. Juli 19—.

„Sehr geehrtes Fräulein Karberg!

Sie werden es vielleicht für anmaßend und zudringlich halten, daß ich mir gestatte, an Sie zu schreiben, aber es liegt mir daran, Ihnen einen Vorschlag zu machen, auf den Sie, wie ich zu hoffen wage, vielleicht eingehen können.

Unsere beiderseitige Lage ist eine höchst eigenartige, und infolge des sonderbaren Testaments meines Onkels, Herrn Matthias Kästners, eine recht peinliche. Herr Justizrat Doktor Grüning teilt mir mit, daß Sie es entschieden abgelehnt haben, die in dem Testament enthaltene Bedingung auch nur in Betracht zu ziehen, aber vielleicht gelingt es mir doch, Sie zu veranlassen, diesen schroffen Standpunkt aufzugeben. Ich habe das Gefühl, als ob wir nicht das Recht hätten, eine so große Summe einfach wegzuwerfen, wenn wir sie behalten können, ohne uns etwas zu vergeben oder unsere Selbstachtung zu verlieren.

Ich verstehe und ehre Ihre Ansicht von der Sache, und was ich Ihnen vorschlagen will, ist nichts weiter als eine geschäftliche Abmachung. Wenn Sie die Angelegenheit ebenso betrachten wollen wie ich, so können wir vielleicht zu einer Einigung kommen, die in keiner Weise gegen unsere Ehre verstößt.

Ich hege schon seit langem den glühenden Wunsch, eine Expedition durch die weniger bekannten Teile des nördlichen Afrika zu unternehmen. Wenn ich die erforderlichen Mittel besäße, so könnte ich einen längeren Urlaub erlangen und diesen Urlaub zu dem angedeuteten Zweck in einer Weise verwenden, die später von Nutzen für unsere Regierung sein würde. Ich würde natürlich als Privatperson reisen, nicht im Auftrag des Auswärtigen Amtes, aber bei meiner Kenntnis des Landes glaube ich dort manches erforschen zu können, was meiner Behörde zu erfahren angenehm wäre.

Ich möchte Ihnen daher vorschlagen, daß wir uns der Bedingung meines Onkels unterwerfen und, sobald es Ihnen paßt, den von ihm gewünschten Ehebund schließen. Ich verpflichte mich, Ihnen in keiner Weise nahezutreten und, wenn Sie es so wünschen, nach der vollzogenen Trauung nie wieder mit Ihnen zu sprechen.

Ich schreibe in diesem kühlen Geschäftston, weil ich annehme, daß er Ihren Wünschen am besten entspricht.

Vielleicht können Sie es möglich machen, mich an einem der nächsten Tage in dem Bureau des Justizrats zu treffen, wir könnten dann Näheres in derselben geschäftsmäßigen Weise besprechen.

Ihrer gefälligen Antwort entgegensehend, begrüße ich Sie

Hochachtungsvoll und ergebenst

Erich Martens.

„Großer Gott wir loben Dich" zum Vortrag gebracht hatte, gedachte der Reichsbank-Präsident Dr. Havenstein in markigen, dem Ernste der Zeit und der Feier der Stunde angepaßten Worten der gefallenen Beamten und Mitarbeiter der Reichsbank. Von den 1085 ins Feld Gezogenen sind 190 nicht zurückgekehrt. Ihre Namen sind auf der von Künstlerhand (Hosäus) geschaffenen Gedenktafel festgehalten, die in dem mittleren Rundbogen auf der Eingangsseite zum Lichthof angebracht ist. Mit zwei weiteren Vorträgen des Bläserchors schloß die würdige Feier.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 25. Oktober 1923.

—* Volksbad im Stadtteil Gröba. Wie der Rat der Stadt in der vorliegenden Nummer bekannt gibt, ist das in der Zentralschule im Stadtteil Gröba eingebaute Volksbad jeden Sonnabend nachmittag von 1—7 Uhr für die Einwohner der Stadt Riesa geöffnet. Mit der Maßnahme ist einem allgemeinen Bedürfnis entsprochen worden und es darf wohl erwartet werden, daß die Benutzung eine recht rege werden wird, umsomehr, als bei hoher Besucherzahl der Badepreis umso niedriger festgesetzt werden kann. Auf die Bekanntmachung sei besonders aufmerksam gemacht.

—* Einstellung des Personendampferverkehrs. Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt stellt infolge wesentlichen Rückganges des Frachtverkehres den Betrieb der Dampfer mit Sonnabend, den 27. d. Mts., ein.

—* Heimatschutzvorträge. Diesen Sonnabend bietet der Heimatschutz, der sich in Riesa bestens eingeführt hat, einen ganz besonderen Abend. Anton Günther, der Volkssänger, der das Erzgebirge singend machte, gibt einen Liederabend zur Laute mit herrlichen prächtigen Weisen, wie: „Vergaß bei Hamit net", „Wu de Wälder haamlich rauschen", „De zwaa Finken", „Dr Schwammagieher", „Dr alte Hannelsmah", „De Ufnbank", „Feierohmd", „Hutznlied". Der Erzgebirgsdichter Max Wenzel wird Dialektdichtungen vortragen. Der Abend ist in den Großstädten Dresden, Leipzig, Chemnitz bei überfüllten Sälen mit Jubel und Begeisterung aufgenommen worden. Er hat die Menschen in dieser trostlosen Zeit auf eine Stunde einmal all das Furchtbare vergessen lassen; er hat sie an die Heimat erinnert, an das köstliche Gut, das wir alle noch besitzen.

—* „Schlagende Wetter". Ueber dieses Filmschaustück, das von morgen ab im Zentral-Lichtspieltheater Gröba zur Vorführung gelangt, schreibt die „N. V. Z." u. a.: Einen unvergeßlichen Einblick gewannen wir in die Welt der Kohle, die in Bildern von unerhört plastischer Greifbarkeit vor uns erstand — in jene Welt, von der wir so wenig wissen, und in der doch auch — Menschen atmen ... Jede Szene dieser wundervollen, mit souveräner Beherrschung der filmischen Mittel gestalteten Schöpfung der Leinwand zeugt von der inbrünstigen, fast möchte man sagen: fanatischen Hingegebenheit Karl Grunes an sein Werk — — zeugt von einer Schöpferkraft, in der Bildgestaltung — einer Beseelung des (doch so einfachen) Stoffes, daß man seinen Namen mit Fug und Recht (und nicht erst seit heute) mit an allererster Stelle nennen muß. So entstand eine Filmschöpfung, reich an wechselnden, Herz und Seele ergreifenden Eindrücken.

— Goldanleihe und wertbeständige Löhne. Zu der von sozialdemokratischer Seite erhobenen Forderung, bis zur Schaffung der Neumark alle Zahlungen für die Lohn- und Gehaltsempfänger mit Goldanleihe zu bewerkstelligen, wird von unterrichteter Seite auf die Unmöglichkeit eines solchen Verlangens hingewiesen. Dafür wären Quantitäten erforderlich, die den vorgesehenen Höchstbetrag von 500 Millionen Goldmark weit überschreiten würden. Die Folge aber, wenn die geplante Grenze überschritten würde, wäre, daß die Goldanleihe dann aufhörte, eine Goldanleihe und ein wertbeständiges Zahlungsmittel zu sein. Sie würde eine zweite Papiermark werden. Deshalb werde man ein Kompromiß suchen müssen, das einerseits den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft auf wertbeständige Zahlung soweit wie möglich entgegenkommt und das anderseits mit den Realitäten rechnet, wie sie durch die Begrenzung des Umlaufes an Reichsgoldanleihestücken nun einmal gegeben sind.

— 184. Sächsische Landes-Lotterie. Ziehung 1. Klasse am 24. Oktober. Auf alle Losnummern von 1 bis 140000, die auf eine der Zahlen 43, 46, 53, 82 endigen, entfällt der Gewinn von je 36 Milliarden Mark.

—* Von der Landeslotterie. Unter dem Drucke der infolge des Marksturzes entstandenen wirtschaftlichen Verhältnisse und angesichts der bevorstehenden Währungsreform hat sich die sächsische Lotterieverwaltung zu einer grundlegenden Aenderung des für die 184. Lotterie aufgestellten Planes entschlossen. Bisher bestand der Grundsatz, daß in den Vorklassen nur ein kleiner Teil der eingezahlten Spielgelder als Gewinne ausgeschüttet wurden, während der größte Teil für die 5. Klasse angesammelt wurde. Um den Interessen der Spieler bei der fortschreitenden Geldentwertung Rechnung zu tragen, wird die Lotterieverwaltung die zur 1. und 2. Klasse vereinnahmten Beträge sofort zur Austeilung bringen.

—* Mundzuckerversorgung. Zucker alter Ernte darf von jetzt ab vom Großhandel an den Kleinhandel über den durch Bezugsausweise nachgewiesenen Bedarf hinaus und vom Kleinhandel an die Verbraucherschaft auch frei abgegeben werden. Dem Kleinhandel wird jedoch die gleichmäßige Berücksichtigung der Verbraucher zur Pflicht gemacht. Vor allem haben die Kleinhändler dafür zu sorgen, daß Kunden, die ihren Zucker auf die laufenden Zuckerkartenabschnitte bisher nicht abgehoben haben, voraussichtlich aber noch abheben werden, ihn auf Anfordern erhalten. Kunden, die bisher ihren Zucker bei ihm entnommen haben, hat ein Kleinhändler vor anderen zu berücksichtigen. Diese Verpflichtungen gelten sinngemäß auch für die Konsumgenossenschaften.

—* Keine Waren zurückhalten! Wie der Bezirksstelle Ostsachsen der Landespreisprüfungsstelle mitgeteilt wird, haben sich angeblich einzelne Geschäftsleute durch die außergewöhnlichen Kurssteigerungen der letzten Tage zur Warenzurückhaltung verleiten lassen. Andere Geschäfte haben sich angeblich geweigert, Waren gegen Papiergeld zu verabfolgen. Der Handel wird hiermit nachdrücklichst vor derartigen gefährlichen Experimenten gewarnt, die Mithilfe einsichtiger Geschäftsleute zur Abwendung der gekennzeichneten Bestrebungen erbeten. Die Verbraucher werden eindringlichst gewarnt, sich vorkommenden Falls zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen. Zulässig und erforderlich ist in solchen Fällen vielmehr sofortige Anzeigeerstattung bei der nächsten zuständigen Stelle (Preisprüfungsstelle, Kontrollausschuß, Polizeiwache), die die Angelegenheit beschleunigt nachprüfen wird. Diese Stellen sollten insbesondere sofort erwägen, ob eine Beschlagnahme der Waren gemäß Paragraph 23 der Preistreiberei-Verordnung angebracht und die dringlich bei der zuständigen Behörde zu beantragende Handelsuntersagung gem. Paragraph 20 der Verordnung über Handelsbeschränkungen zweckmäßig erscheint.

— Die Bezirkspflegeanstalt in bitterer Not. Das älteste gemeinnützige Unternehmen des Bezirksverbandes, die Bezirkspflegeanstalt — das Friedrich August-Stift — steht vor einer schweren Not. Die fast unerschwinglichen Ausgaben für Kohlen, Nahrungsmittel, Bekleidungsstücke, Gehälter und Löhne erfordern einen Aufwand, der, wenn er auf die an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommenen Gemeinden umgelegt wird, diese in wohl kaum erträglicher Weise belasten. Es

Heutiger Dollarkurs (amtl.): 65162500000 M.
Fernsprechmeldung, ohne Gewähr.

steht zu befürchten, daß ärmere Gemeinden kaum in der Lage sein werden, die Umlage aufzubringen. Um das Weiterbestehen der Anstalt über die schwere Zeit hinaus zu ermöglichen, hat sich daher die Amtshauptmannschaft an die durch Besitz hervorragenden Bezirkseingesessenen mit der Bitte um freiwillige Hilfe und Unterstützung gewandt. Im festen Vertrauen auf die Hilfsbereitschaft der Bezirkseingesessenen in Zeiten schwerster Not möchte die Amtshauptmannschaft auch hier ihrer Bitte Ausdruck geben, das Hilfswerk zu unterstützen. Spenden jeder Art, sei es Heizmaterialien, getragene Kleidungsstücke, Wäsche, Nahrungsmittel oder Barbeträge, werden mit herzlichstem Danke entgegengenommen.

—* Für Militärpensionäre. Die Schecks über die Mehrbeträge, welche infolge der Erhöhung der Meßzahl auf 159000 für die Zeit vom 17. bis 31. Oktober 1923 den Pensionären, Wartegeldempfängern und Hinterbliebenen der ehemaligen Wehrmacht zustehen, sind vom Reichspensionsamt dem Postscheckamt zugeleitet.

—* Einführung einer Brotkarte in Großenhain. Das „Gr. T." schreibt: Um dem Uebelstande zu begegnen, wie er sich am vergangenen Sonnabend zeigte, da infolge des übermäßigen Aufkaufs von Brot die Bäckereien leer waren und zahlreiche Einwohner nur mit Mühe noch Brot erhalten konnten, will der Stadtrat zunächst versuchsweise für sechs Wochen eine Brotkarte einführen. Er ist ein wöchentl. Quantum von 5 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung in Aussicht genommen. Die Bäcker haben Brot nur gegen die Brotkarte zu verkaufen.

—* Sperrung der Ausfuhr bayerischer Milcherzeugnisse. In Bayern sind kürzlich Verordnungen über die Ausfuhr von Milcherzeugnissen erlassen worden, die auf eine völlige Unterbindung der Ausfuhr dieser Nahrungsmittel hinauslaufen. Dadurch müssen die Ernährungsschwierigkeiten Sachsens, das besonders Käse in nicht unbeträchtlicher Menge aus Bayern bezieht, noch gesteigert werden. Die sächsische Regierung hat daher gegen die Maßnahmen Bayerns, die mit den jetzt im Reiche geltenden Grundsätzen freier Lebensmittelwirtschaft unvereinbar sind, bei der Reichsregierung schärfsten Widerspruch erhoben und sofortige Wiederaufhebung der bayerischen Absperrungsmaßnahmen gefordert.

—* Mandatsniederlegung. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Pudor hat sein Landtagsmandat aus geschäftlichen Gründen niedergelegt.

* Stauchitz. An der alten Poststraße, am Wege Rottzsch—Mehltheuer, sind am 23. Oktober an drei Stangenfeldern alle Leitungsdrähte von acht großen Fernsprechleitungen gestohlen worden. Es sind drei und vier Millimeter Bronzedraht von etwa drei Zentner Gesamtgewicht. Ankäufer würden wegen Hehlerei in Frage kommen. Sachdienliches würde dem nächsten Gendarmerieposten oder Postamt zu melden sein.

Kötzschenbroda. Hier sind im Laufe der letzten Tage zwei Personen an Gasvergiftung gestorben und eine Anzahl schwer erkrankt. Am Sonnabend schon wurde hier ein Ehepaar unter Vergiftungserscheinungen aufgefunden. Die Ehefrau war bereits tot und der Mann wurde nach dem Krankenhaus Meißen gebracht. Am Sonntag früh wurde eine ledige 34 Jahre alte Kontoristin in ihrem Bette tot aufgefunden. Es wurde zunächst ein Verbrechen vermutet, doch konnte der Verdacht nicht aufrechterhalten werden, da auch die Mutter der Toten infolge einer Betäubung umgefallen war. Inzwischen gelangten noch weitere Erkrankungsfälle zur Anzeige. Ein weiteres Ehepaar erkrankte unter schweren Vergiftungserscheinungen. In einer anderen Familie erkrankten die Ehefrau und drei Kinder. Außerdem waren auch bei anderen Personen in derselben Straße Betäubungsfälle bekannt geworden. Nach dieser Häufung der Erkrankungen wurden die Gaszuführungsrohre untersucht und bald stellte es sich heraus, daß diese defekt waren und infolgedessen das Gas Eintritt in die darüber gelegenen Wohnräume gefunden hatte. Die gefährdeten Räume wurden einstweilen geräumt.

Dresden. Nach dem Arbeitsmarktbericht für die Zeit vom 14. bis 20. ds. Mts. hält die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkte weiter an. Innerhalb eines Monats hat sich eine Vermehrung der Arbeitsuchenden um etwa 69000 ergeben, dazu kommt das große Heer der Kurzarbeiter.

Freiberg. Trotz des Ausnahmezustandes kam es am Dienstag in den Spätnachmittagsstunden hier durch revolutionäre Erwerbslose vielfach zu Plünderungen von Bäcker- und Fleischerläden, sowie von Geschirren, die mit Nahrungsmitteln beladen waren. So wurde u. a. auch ein Proviant fassender Wagen der Reichswehr auf dem Roßplatze von diesen radikalen Elementen ausgeraubt. Viele Geschäfte der Innenstadt schlossen die Läden. Als Reichswehr aus der Kaserne in die Stadt einrückte, Straßenzüge säuberte und absperrte, waren die Banden verschwunden. Zum sofortigen Schutze der Bürgerschaft sind nunmehr Reichswehrabteilungen innerhalb der Stadt in städtischen Gebäuden untergebracht. Mittwoch vormittag wurden durch Reichswehr und Kriminalbeamte Haussuchungen nach gestohlenem Gute abgehalten, die teilweise zu Ergebnissen und Verhaftungen führten. Viele Geschäfte der inneren Stadt waren auch am Mittwoch noch geschlossen.

Freiberg. Infolge der vorgenommenen Verhaftungen einer Anzahl Jugendlicher wegen angeblich nationalsozialistischer Bestrebungen fanden verschiedene Haussuchungen statt, die jedoch alle ergebnislos verliefen.

Oberlungwitz. Am Sonnabend brach hier in dem mehrstöckigen Färbereigebäude der Firma Bäuchler und Stübler Feuer aus, durch welches die Färberei bis auf die Umfassungsmauern zerstört wurde. Der Schaden ist gewaltig, die Ursache ist scheinbar in Selbstentzündung zu suchen.

Penig. Ein Ueberfall auf den Arresthausinspektor Kühn wurde am Montag früh gegen ½7 Uhr im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis ausgeführt. Beim Ueberbringen des Frühkaffees wurde er von zwei Gefangenen, deren Weitertransport an diesem Tage bevorstand, zwecks Ergreifung der Flucht überwältigt und derart mißhandelt, daß er mehrere Verletzungen davontrug. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen eilte der Weichenwärter Barth am Bahnstellhause herbei, welcher die Uebeltäter auf der Flucht antraf und einen davon überwältigen und zurück ins Gefängnis bringen konnte, während der andere die Flucht fortsetzte. Weichensteller Barth hatte mit dem Ueberwältigten einen schweren Kampf zu bestehen, da sich der Flüchtling heftig zur Wehr setzte, wobei er jedoch Sieger blieb.

* Leipzig. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik war gestern gegen eine Anzahl Redakteure kommunistischer Zeitungen sowie gegen Mitglieder der Zentrale der KPD. und des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte Verhandlung anberaumt wegen des von der „Roten Fahne" und anderen kommunistischen Zeitungen veröffentlichten Aufrufs vom 29. Mai „Nieder mit der Regierung der nationalen Schmach und des Volksverrats". Erschienen war der in militärischer Schutzhaft befindliche Redakteur der „Schles. Arbeiterzeitung" in Breslau Artur Dombrowski sowie der Schuhmachergeselle Josef Korzelnik und die jugendliche Plätterin Else Kupke aus Breslau, die den Aufruf angeschlagen hatten. Drei weitere Angeklagte waren zwar anwesend, entfernten sich aber wieder. Im Namen sämtlicher Angeklagten wurde dem Gericht ein Brief des mitangeklagten Chefredakteurs der „Roten Fahne" Dr. Thalheimer überreicht, in dem sie es ablehnen, vor dem sogenannten Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zu erscheinen, einem Gericht, das nur ein Werkzeug der Konterrevolution, sich der Begünstigung des Landes- und Hochverrats schuldig gemacht habe, indem es die Hochverräter Ehrhardt und Roßbach auf die Republik losgelassen habe. Weiter wird damit gedroht, daß der Staatsgerichtshof selbst sich vor einem dereinstigen revolutionären Tribunal zu verantworten haben werde, daß ihn hinwegfegen werde. Das Gericht beschloß, gegen die drei anwesenden Angeklagten zu verhandeln und gegen die übrigen Haftbefehle zu erlassen. Der Angeklagte Dombrowski wurde wegen Beschimpfung der Reichsregierung und Vergehens gegen das Pressegesetz zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Korzelnik erhielt zwei Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind, und die Angeklagte Kupke zwei Wochen Gefängnis.

Sachsen gegen die Beamtenabbauverordnung.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Die Sächsische Regierung hat gegen die von der Reichsregierung geplante Beamtenabbauverordnung durch folgende der Reichsregierung überreichte Protestnote Stellung genommen: „Die Sächsische Regierung muß gegen die vom Reich beabsichtigte Personal-Abbauverordnung schärfsten Protest erheben. Es ist unerträglich, daß eine so tief in die Gesetzgebung und Verwaltung der Länder einschneidende Maßnahme getroffen wurde, ohne daß der Sächsischen Regierung ausreichende Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist. Die Sächsische Regierung hätte erwarten dürfen, bei den Vorarbeiten in gleicher Weise wie die Preußische Regierung beteiligt zu werden. Art und Umfang des geplanten Abbaues müssen notwendig zu einer Lahmlegung der gesamten Verwaltung und damit zu einer tiefgreifenden Erschütterung des ganzen Staatslebens führen. Dazu kommt, daß wesentliche, durch die Verfassung verbriefte Rechte der Beamten durch die Verordnung in Mitleidenschaft gezogen werden".

Zur Ausgabe wertbeständigen Notgeldes.

Der Reichsfinanzminister hat die Regierungen der Länder benachrichtigt, daß für die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes folgende Bedingungen gelten:

1. Das Geld muß auf Teile der Reichsgoldanleihe lauten und das Anrecht geben, nach Aufruf in Reichsgoldanleihe oder den entsprechenden Gegenwert umgetauscht zu werden.
2. Der Gesamtbetrag des ausgegebenen Geldes ist vor Ausgabe zu decken durch Hinterlegung des entsprechenden Goldanleihebetrages bei der zuständigen Reichsbankstelle oder einer vom Reichsminister der Finanzen bestimmten anderen Stelle, auf ein Konto, das zu Gunsten des Reichsministers der Finanzen gesperrt wird. Sind Goldanleihestücke nicht verfügbar, so sind Interimsscheine bei der Reichsbank zu erwerben. Jede andere Deckung als durch Hinterlegung von Goldanleihe ist ausgeschlossen.
3. Jede Ausgabe bedarf der Genehmigung durch den Reichsminister der Finanzen. Die Notgeldscheine müssen den Vermerk tragen: Genehmigt durch den Reichsminister der Finanzen.
4. Der Antrag muß durch die Landesregierungen beim Reichsfinanzministerium gestellt werden. Für beschleunigte Erledigung ist Sorge getragen. Es genügt telephonische oder telegraphische Antragstellung.

Vermischtes.

Schweres Automobilunglück. Ein großes Automobilunglück ereignete sich auf der Landstraße bei Ludwigshafen am Bodensee. Der Weinhändler und Gastwirt Dreher sowie der Sodawasserfabrikant Leo aus Tuttlingen fuhren in rasendem Tempo im Automobil nach Meersburg, um dort Wein einzukaufen. Bei der rasenden Fahrt überschlug sich das Auto und stürzte einige Meter tief in den Graben hinab. Beide Insassen wurden als gräßlich zugerichtete Leichen unter den Trümmern des Autos aufgefunden.

Nansens Reisegepäck wiedergefunden. Durch die Bitterfelder Kriminalpolizei ist Fridtjof Nansens Reisegepäck, das am 4. Oktober bei Bitterfeld gestohlen wurde, nach unermüdlicher Tätigkeit wieder aufgefunden worden. Die Gegenstände hatten die drei Diebe unter sich verteilt; sie konnten nur mit großer Mühe wieder herbeigeschafft werden. Als Täter sind ermittelt worden der Arbeiter Max Höfer, der Zimmermann Hugo Grütz und Schlosser Kurt Jummel, alle drei aus Bitterfeld. Sie sind festgenommen worden und werden der Oberstaatsanwaltschaft in Halle vorgeführt werden.

Von der Erdbebenkatastrophe in Japan. Amtliche Blätter aus Tokio, die bei der japanischen Botschaft in Berlin eingetroffen sind, besagen: Während der Verwirrung, die bei der letzten Erdbebenkatastrophe vom 1. bis zum 3. September in Tokio und Umgebung herrschte, hat eine ganze Reihe von Koreanern Verbrechen begangen: Mord, Brandstiftung, Raub, Vergewaltigung, Körperverletzung, Bedrohung, ferner Brückenzerstörung usw. 23 Koreaner wurden gerichtlich belangt wegen Diebstahls, widerrechtlicher Aneignung u. dergl.; schließlich wird eine nicht unbedeutende Anzahl von Koreanern in Tokio und in Yokohama wegen Verdachts ähnlicher Verbrechen noch gerichtlich verfolgt. Als die Kunde von diesen verbrecherischen Anschlägen sich verbreitete, geriet die Bevölkerung in solche Erregung, daß hin und wieder Unschuldige, Koreaner und Japaner, in Gefahr kamen, weil die erregte Menge sie irrtümlicherweise für verbrecherische Koreaner hielt. Auch hinsichtlich dieser Fälle haben die Behörden eine strenge Untersuchung eingeleitet, und in mehr als zehn Fällen dieser Art ist gerichtliche Klage erhoben worden.

Gerichtssaal.

Der 25 Jahre alte, aus Dresden gebürtige wiederholt vorbestrafte Schlosser Johannes Neuman mußte sich wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Dresden verantworten. Der in Zehren wohnhafte Angeklagte war im letzten Herbst bei einem Gutsbesitzer in Oberau vorübergehend als Obstpflücker beschäftigt. Am 17. September war der Gutsbesitzer verstorben, die Leiche wurde dann auf der Scheunentenne aufgebahrt. Während dieser Zeit soll Lorenz mit den beiden inzwischen flüchtig gewordenen Genossen Schleich und Wolf nachts die Scheune gewaltsam erbrochen und daraus einen wertvollen Treibriemen und aus dem Stalle vier Gänse gestohlen haben. Der Angeklagte, der die Hauptschuld seinen flüchtigen Genossen in die Schuhe schob, wurde wegen Diebstahls im Rückfalle zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Turnen, Sport und Spiel.

„National"-Chemnitz gastiert Sonntag in Riesa. Die Gäste, welche nach einer Schwächeperiode wieder in großer Form sind, konnten erst am vergangenen Sonntag ihren Siegeszug bei den Chemnitzer Punktkämpfen fortsetzen. Ihr Gegner, V. f. B. Chemnitz, wurde glatt mit 4:1 geschlagen. Es ist daher zu erwarten, daß auch am Sonntag hier ein spannender Kampf geboten wird.

SLUB
Wir führen Wissen.

Oeffentliche Sitzung des Bezirksausschusses.

Am Sonnabend, den 20. Oktober 1923, vormittags 9 Uhr fand im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft Großenhain Sitzung des Bezirksausschusses statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Herr Amtshauptmann Kühn dem Bezirks-Ausschuß den zur Amtshauptmannschaft Großenhain versetzten Herrn Reg.-Rat Härtel vor.

Von Mitteilungen des Herrn Amtshauptmanns nahm die Versammlung hierauf Kenntnis, weiter von den Ausführungen des Berichterstatters bezüglich der Kraftverkehrsgesellschaft „Freistaat Sachsen".

Genehmigung fand der 18. und 19. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Radeburg, die Handelserlaubnis Rothe-Colmnitz, die Handelserlaubnis für Edelmetalle pp. Fiebig-Radeburg und Pietsch-Radeburg, der Handel mit unedlen Metallen Vetter, Max, und Sohn Camillo, Goltzscha, Klose-Langenberg, Petrasch-Volkersdorf, das Gesuch Schuster-Zeithain, Flaschenbierausschank in den Warteräumen der Bahnhofswirtschaft Zeithain, und Faulenbach-Radeburg, Branntweinkleinhandel im Grundstück Ortsl. Nr. 120 für Radeburg — Uebertragung. Die Oeffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen in Promnitz wurde genehmigt, im übrigen von der mitvorgelegten Geschäftsordnung zustimmend Kenntnis genommen.

Darlehn der Landesversicherungsanstalt für die Bezirkspflegeanstalt betr., wurde beschlossen, den Darlehnsrest für 31. 3. 1924 aufzukündigen und zurückzuzahlen. Die Wahlzeit der bisherigen Sachverständigen zur Feststellung von Flurschädenvergütungen wurde verlängert. Errichtung eines Jugendamtes betreffend, wurde beschlossen, die Amtshauptmannschaft davon zu entbinden, die Stelle eines Jugendpflegers oder einer Jugendpflegerin auszuschreiben, sie vielmehr zu ermächtigen, sich rechtzeitig durch Nachfrage im Landeswohlfahrtsamt und durch persönliche Fühlungnahme um geeignete Persönlichkeiten zu kümmern und dem Bezirksausschuß dann Bericht zwecks ev. weiterer Beschlußfassung zu erstatten.

Ernennung der Beisitzer für die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsnachweise Großenhain, Riesa und Radeburg betr. Der Bezirksausschuß beschloß, 1. die Amtshauptmannschaft zur Zusammenstellung der Ausschüsse nach den Satzungen, 2. zur Abänderung der Satzungen, die auf Anordnung des Ministeriums des Innern oder infolge Beanstandung der Errichtungsgemeinden notwendig werden sollten, zu ermächtigen, 3. als Vertreter des Bezirksverbandes für die Ausschüsse für a) Großenhain: Stadtrat Thielemann, Stadtrat Möller, b) Radeburg: Baumeister Grau, c) Riesa: Verwaltungsdirektor Günther, Handlungsgehilfen Jurmann zu ernennen.

Der Bezirksausschuß stimmte der vorgenommenen Verteilung der Unterstützungen zu den Unwetterschäden am 26. 7. 1923 zu und beschloß, den Restbetrag in Höhe von 269568083 M. noch der Schule zu Merschwitz zuzuweisen.

Als Unterstützung an die kirchliche Gemeindepflege in Großenhain wurde der Wert eines Fernbriefportos bis auf weiteres monatlich bewilligt (gegen 2 Stimmen). Dem Ansuchen des Verbandes der Bezirksverbände, Erhöhung des Mitgliedsbeitrags, wurde stattgegeben und die Bezirkskasse sofort zur Zahlung angewiesen. Auf das Gesuch Gäbler-Zeithain, Abhaltung von öffentlichen Tanzmusiken im Sommer- wie im Winterhalbjahr aller 14 Tage, wurde beschlossen, für die Monate September bis März Genehmigung zur Abhaltung öffentlicher Tanzmusiken aller 4 Wochen zu erteilen (gegen 5 Stimmen). Der Nachtrag zum Ortsstatut über Einführung der Oeffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen für Oelsitz wurde genehmigt, bezüglich der Geschäftsordnung dem Gemeinderat aber anheimgegeben, in § 28 dritter Absatz die Worte „bis zu 10 M." zu streichen. Weiter wurde der Nachtrag zur Gemeinde- [illegible] zur Wohnungsbauabgabe betr. (allgem. Ermächtigung), genehmigt und in Zukunft eingehenden ähnlichen Nachträgen allgemeine Ermächtigung erteilt.

Der Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung Radeburg, Getränkesteuer betr., wurde mit 7 (Herr Amtshauptmann 2 Stimmen) gegen 6 Stimmen genehmigt mit der Maßgabe, daß die Gemeinde nur die Hälfte der Höchstsätze erheben darf und die Amtshauptmannschaft ermächtigt, in Zukunft eingehende Nachträge von sich aus zu genehmigen. Ferner wurde der Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung Nünchritz, Getränkesteuer betreffend, mit 7 (Herr Amtshauptmann 2 Stimmen) gegen 6 Stimmen genehmigt mit der Maßgabe, daß die Gemeinde nur die Hälfte der Höchstsätze erheben darf. Der Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung Nünchritz, Zuschlag zur Gewerbesteuer, wurde genehmigt und die Amtshauptmannschaft ermächtigt, in Zukunft eingehende Nachträge von sich aus zu genehmigen.

Versagt wurde die Genehmigung zum Altmetallhandel für Stöhr-Hohndorf und Gehre-Lichtensee.

Als erledigt abgesetzt wurde der 18. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Gemeinde Gröba, Hundesteuer betr., der 19. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Gemeinde Gröba, Wegfall der Wertzuwachssteuer, Erhöhung des Zuschlags zur Grunderwerbssteuer.

Abgelehnt wurde der 10., 11., 12. und 13. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung Weida, sowie der 20., 21. und 22. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung Gröba.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 25. Oktober 1923.

Ein Werbebüro der Separatisten.

)(Münster. Auf dem Hauptbahnhofe in Herne haben die Sonderbündler ein Werbebüro eingerichtet. Den sich Meldenden wird französischer Schutz, Waffen durch die Franzosen sowie Versorgung mit guten Stellen in Aussicht gestellt. Für nächsten Sonntag planen die Sonderbündler in den Wartesälen des Bahnhofes eine große Kundgebung.

Die Lage in Aachen noch ungeklärt.

)(Aachen. Hier ist die Lage noch ungeklärt. Nach einer ruhigen Nacht hörte man heute früh gegen 6 Uhr in dem Viertel Theaterplatz-Hindenburgstraße ein lebhaftes Schießen. In das Postamt, das neben dem Regierungsgebäude liegt, wurden Verwundete gebracht.

Die Lage in Stettin.

)(Stettin. In Stettin herrscht nach wie vor nervöse Stimmung. Die Vulkanwerftarbeiter sind noch ausgesperrt. Auch auf der Nüskewerft und den Oderwerken sind die Arbeiter in passive Resistenz getreten und es ist zu erwarten, daß diese Belegschaften auch noch ausgesperrt werden. Der kommandierende General veröffentlicht heute einen Aufruf, in dem er den Streik verbietet und mit Todesstrafe droht.

Deutschlandhilfe durch die Wiener Banken.

)(Wien. Die Vereinigung der Wiener Banken hat beschlossen, zwei Milliarden österreichischer Kronen zur Linderung der Lebensmittelnot in Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Minister Trocquer zur Ruhrfrage.

)(Paris. Der Minister Trocquer hat dem Berichterstatter des „Temps" nach Schluß des gestrigen Kabinettsrats folgende Angaben über seine Feststellungen aus dem Ruhrgebiet gemacht: Der Eisenbahnregie seien 90000 Einstellungsgesuche deutscher Eisenbahner zugegangen. Sie nehme deren 3—4000 täglich an, je nach Bedarf und minutiöser Prüfung. Die Lokomotiven seien genügend vorhanden, aber es handle sich darum, wie die 30000 Waggons zu ersetzen seien, die die Deutschen zu Beginn der Ruhrbesetzung nach dem nicht besetzten Deutschland abgeschoben hätten. Zu diesem Zweck seien Bemühungen im Gange. Trotzdem [illegible] habe, irgend welche Verpflichtungen hinsichtlich der Bezahlung der Sachlieferungen zu übernehmen, hätte sich schließlich eine Anzahl von Industriellen des besetzten Gebietes mit der französisch-belgischen Ingenieurkommission über die Aufnahme der Kohlenlieferungen verständigt, die bereits jetzt etwa 8000 Tonnen täglich erreichten.

Volkswirtschaftliches.

Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr ist mit Wirkung vom 24. Oktober an auf 12 Milliarden Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

Die Schlüsselzahl für den deutschen Buchhandel beträgt am 25. Oktober 16 Milliarden.

Der Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 25. Oktober beträgt 15 Milliarden.

Deutsche Arzneitaxe. Mit Wirkung vom 24. Oktober ab wird die Schlüsselzahl der 10. Deutschen Arzneitaxe für Arzneimittel und Gefäße auf 95,5 Millionen, im besetzten Gebiete auf 128,9 Millionen festgesetzt. Die Schlüsselzahl der Arbeitsvergütungen bleibt unverändert.

Zur Devisenerfassung. Das Sächsische Wirtschaftsministerium weist darauf hin, daß der Kommissar für Devisenerfassung die in der Verordnung über Devisenbanken vom 11. September 1923 gesetzte Frist zur Abwicklung der Geschäfte für diejenigen Banken, über deren Anträge nicht entschieden ist, nochmals, und zwar bis zum 10. November, verlängert hat.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, 22. Oktober, auf das 3045 milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (691,9 millionenfache) beträgt demnach 340 Prozent. Die am Erhebungstage eingetretene Dollarsteigerung (auf 40 Milliarden) kommt in der vorliegenden Indexziffer noch nicht zum Ausdruck.

Die Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 23. Oktobers berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt das 14,6 milliardenfache der Vorkriegspreise und ist gegenüber dem Stande vom 16. Oktober um 12,37 Prozent gestiegen. Der Dollar wurde am 16. Oktober mit 4,1 Milliarden Mark, am 23. Oktober mit 56 Milliarden Mark notiert. Die Höherbewertung beträgt 1266 v. H. Das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 gleich 100) ist daher um ein geringes, von 111,9 (Gold) auf 100,5 (Gold) zurückgegangen.

Marktberichte.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin per 50 kg ab Station vom 24. Oktober. (Preise in Millionen Mark.) **Weizen** märkischer 116000 — 118000. **Roggen,** märkischer 100000 bis 105000. **Hafer,** märkischer 80000 — 81900. **Weizenmehl** per 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 310000 — 335000. **Roggenmehl** per 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 300000 — 330000. **Weizenkleie** frei Berlin 39000 — 40000. Fest. **Roggenkleie** frei Berlin 39000 — 40000. Fest.

Amtliche Notierungen der Produkten-Börse zu Chemnitz am 24. Oktober, nachm. 3 Uhr. Stimmung: abwartend. Weizen 115—120, Roggen 100—110, Wintergerste —, Sommergerste 100 bis 110, Hafer 75—80, Mais —, Weizenmehl 230, Roggenmehl 225, Weizenkleie 40, Roggenkleie 40, Wiesenheu 20, Kleeheu —, Getreide-Stroh, geb. 15 Milliarden für den Zentner franko Chemnitz bei Getreide in Ladungen von 200 bis 300 Ztr., bei Mehl in Mengen unter 100 Ztr. und bei Heu und Stroh ladungsweise.

Amtliches.

Die **Baufsprechstunde** am 27. 10. 1923 fällt aus.
Großenhain, 24. Okt. 1923. **Die Amtshauptmannschaft.**

Gemeinde-(Stadt-)Verordnetenwahl betr.

Montag, den 29. Oktober 1923, nachmittags 5 Uhr findet im Rathaus, Zimmer Nr. 8, zur Entscheidung über die Zulassung der Wahlvorschläge **öffentliche Sitzung** des Wahlausschusses statt.

Riesa, am 25. Oktober 1923.
Der Rat der Stadt Riesa als Gemeindewahlleiter.

Am 17. Oktober 1923 sind die von den früheren Gemeinderäten zu Gröba und Weida gewählten Herren
Emil Führer, Lademeister
Bruno Matthäus, Betr.-Ingenieur und
Frau Anna Agnes vhl. Schneider
als Ratsmitglieder in Pflicht genommen worden.
Der Rat der Stadt Riesa, am 23. Oktober 1923. A.

Volksbad im Stadtteil Gröba.

Das in der Zentralschule im Stadtteil Gröba, Eingang Altrockstraße, eingebaute Volksbad ist jeden **Sonnabend nachm. von 1—7 Uhr** für die Einwohner der Stadt Riesa geöffnet. Die Badepreise werden mit Rücksicht auf die Geldentwertung wöchentlich festgesetzt und sind durch Aushang am Eingang zum Volksbad sowie in dem Rathaus in Riesa und den Geschäftsstellen in den Stadtteilen Gröba und Weida zu ersehen. Badekarten werden bei Herrn Kaufmann Boberach im Stadtteil Gröba, Georgplatz 7, ausgegeben.

Eine rege Benutzung des Volksbades (12 Wannen- und 6 Brausebäder) **wird hiermit besonders empfohlen,** da bei nicht genügender Benutzung wegen der hohen Ausgaben für Koks, Beleuchtung, Reinigung, Wasserzins und Löhne die Schließung des Bades erfolgen muß.

Je mehr Besucher das Bad aufweist, desto niedriger kann der Badepreis festgesetzt werden, da bei sehr schwachem Besuch die Ausgaben fast gleichhohe sind.

Riesa, am 24. Oktober 1923.
Der Rat der Stadt Riesa.

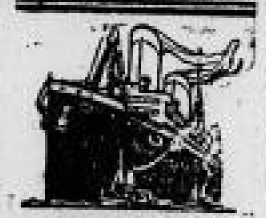
Bekanntmachung.

Der allgemeine Mangel an Zahlungsmitteln zwingt uns,

Gutscheine
über Mk. 10, 20, 50 Milliarden

auszugeben, um unsere Lohn- und Gehaltsempfänger entlohnen zu können.
Wir bitten die Geschäftswelt, unsere Gutscheine in Zahlung zu nehmen und bei den auf den Scheinen angegebenen Zahlstellen einzulösen. Die Scheine haben Gültigkeit bis zum 15. November 1923 und tragen die Unterschriften der Unterzeichneten.

Linke-Hofmann-Lauchhammer A.-G.
ppa. Fleige. ppa. Blech.

BREMEN

AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen
in Riesa: Wilhelm Frenzel Nachf. Niederlagstrasse 6

Sackgroßhandlung
W. Kanarek, Leipzig. — Tel. 29298 — Gr. Fleischergasse 17
kauft reell und vorteilhaft
ganze und zerrissene Säcke.
Ich liefere lochfreie Säcke für sämtl. Füllungszwecke.
Auf Wunsch komme gerne nach auswärts.

Gröba, Zentraltheater
Heute letzter Tag: Die Fatty-Lustspielwoche.
Freitag bis Montag der Ufa-Großfilm:
Schlagende Wetter
eine Bergwerks-Tragödie in 5 Akten.
In der Hauptrolle:
Liane Haid und Eugen Klöpfer.
Regie: Carl Grune.
Ferner als Lustspiel: Charlie Chaplin in
Chaplin hat Liebessehnsucht.
— — Vorführungen 7 und 9 Uhr. — —
Sonntag ab 4 Uhr.
Um gütigen Zuspruch bittet Anna Jach.

Puppenwagen m. Inhalt verloren. Albertpl. 10, 2.

Aufwartung gesucht. Zu melden Bahnhofstr. 26, p.

Zuverlässiger
junger Mann
findet sofort Lehrstelle bei Rechtsanwälte Dr. Mende u. Dr. Schulze, Riesa, Carolastr. 3. Handelsschule nicht nötig.

Fleißiger, zuverlässiger
Hausmann
sofort gesucht. Nur Besitzer ein. Wohnung kommt in Frage. Zu melden Sächsische Möbelindustrie.

Guterhalt. kleinen Ofen m. etwas Rohr sucht geg. Naturalien z. kauf. Steinbach, Zig.-Gesch., Schulstr. 6

Stroh zu verkaufen. Müller, Merzdorf Nr. 4.

Erste Gröbaer Rohproduktenhandlung
Carl Hofmann Gröba
Dammweg 4, Telef. 670
kauft laufend zu Tagespreisen: alte Metalle, Lumpen, Papier, gebr. Möbel, getragene Garderobe.

Freitag und Sonnabend
prima Fleisch- und Wurstverkauf.
Fa. Albert Mehlhorn, Pferdeschlächt. Gröba, Kirchstr. 10, Tel. 685.

Landesverein Sächsischer Heimatschutz.
Sonnabend, 27. Oktober, 8 Uhr, Höpfners Hotel
Liederabend zur Laute:
Anton Günther, Gottesgab
Dialektdichtungen: Max Wenzel, Chemnitz.
Karten bei A. verw. Reinhardt
Riesa, Wettinerstraße 10.

Ihre am 25. Okt. 1923 in Promnitz stattgefundene Vermählung zeigen an
Hermann Kratz u. Frau
Thekla geb. Rudolph.
Hermannshof Radinkendorf
b. Beeskow i. Mark.

Gestern entschlief in Frieden Frau
Hedwig Schaarschmidt
geb. Paul.
Geschwister Paul.

Vereinsnachrichten

Amphion. Das für Sonnabend angesetzte Vergnügen wird bis auf weiteres verschoben.

Die heutige Nr. umfaßt 4 Seiten.